

Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Antalya/Türkei vom 15. bis 16. November 2015

Vom 15. bis 16. November 2015 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Antalya/Türkei zum diesjährigen G20-Gipfel.

Die G20 verurteilte in Antalya die Terroranschläge in Paris im November und in Ankara im Oktober aufs Schärfste. Sie vereinbarte, dass sie weiterhin gegen die Finanzierungskanäle des Terrorismus vorgehen wird. Außerdem einigte sie sich darauf, den Terrorismus mit einem umfassenden Ansatz zu bekämpfen, der darauf abzielt, gewalttätigem Terrorismus entgegenzuwirken, Radikalisierung und Anwerbung zu bekämpfen sowie Terroristen daran zu hindern, Technologien, Kommunikationswege und Ressourcen auszunutzen, um zu terroristischen Taten anzustiften. Zudem soll gegen die Finanzierungsquellen des Terrorismus vorgegangen werden.

Im Rahmen der Wirtschaftsagenda bekräftigte die G20 das Ziel eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wirtschaftswachstums. Rund die Hälfte der in den nationalen Wachstumsstrategien im letzten Jahr vereinbarten Reformmaßnahmen sind bereits umgesetzt, weitere Anstrengungen, um das in Brisbane 2014 verabredete Ziel einer Steigerung des gemeinsamen Bruttoinlandsprodukts um zusätzliche 2 Prozent bis 2018 zu erreichen, sind notwendig. Angestrebt werde zudem eine stärkere Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum, gerade auch in Niedrigeinkommensländern. Die G20 hat länderspezifische Investitionsstrategien entwickelt, um einen zusätzlichen Impuls für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Die G20 hat sich verpflichtet, den Anteil junger Menschen, die am stärksten Gefahr laufen, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu bleiben, in den G20-Staaten bis 2025 um 15 Prozent zu reduzieren.

Die G20 bekannte sich erneuert zur multilateralen Handelspolitik als dem Rückgrat des globalen Handels. Die anstehende Ministerkonferenz in Nairobi soll Ergebnisse auch im Hinblick auf die Doha-Entwicklungsagenda sowie Vorgaben für die Arbeit nach Nairobi erzielen. Die G20 bekräftigte zudem ihre Selbstverpflichtung gegen Protektionismus.

Die G20 hat zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des globalen Finanzsystems mit der Verabschiedung eines internationalen Standards für zusätzliche Kapitalpuffer von global systemrelevanten Banken beigetragen. Die G20 bekennt sich zudem, weiterhin die Aufsicht und Regulierung des Schattenbankensektors zu stärken.

Außerdem hat die G20 das OECD/G20-BEPS-Maßnahmenpaket (Base Erosion and Profit Shifting) gegen Gewinnverlagerungen und Steuerreduzierungen verabschiedet.

Die G20 hat erstmals ein klares Bekenntnis zur Einhaltung der 2-Grad-Obergrenze und damit zu langfristigem Klimaschutz abgegeben. Hiervon geht ein positives Signal für die COP21 aus.

Im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingskrise verpflichtete sich die G20, jegliche Anstrengungen zu unterstützen, um Flüchtlingen Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen. Schließlich hat die G20 das Thema Antibiotikaresistenzen und damit ein Thema der deutschen G7-Präsidentschaft aufgenommen.

Ab dem 1. Dezember 2015 wird China die Präsidentschaft der G20 übernehmen. Der nächste Gipfel wird am 4./5. September 2015 in Hangzhou stattfinden. Deutschland wird 2017 die G20-Präsidentschaft übernehmen.

Bekämpfung des Terrorismus

Durch die schrecklichen Anschläge in Ankara am 10. Oktober und in Paris am 13. November 2015 wurde deutlich, dass die Gefahr des Terrorismus nicht auf einzelne Regionen oder Länder beschränkt ist, sondern ein weltweites Phänomen darstellt. Terrorismus gefährdet nicht nur den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, sondern untergräbt auch die anhaltenden Bemühungen der G20 zur Stärkung der Weltwirtschaft und zur Sicherung eines nachhaltigen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung. Aus diesem Grund hat die G20 betont, dass sie vereint gegen Terrorismus und Terrorismusfinanzierung vorgehen will.

So verurteilte die G20 unmissverständlich alle Handlungen, Methoden und Vorgehensweisen des Terrorismus. Sie verständigte sich darauf, gegen die Finanzierungskanäle des Terrorismus vorzugehen. Dies soll insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf den Informationsaustausch und das Einfrieren des Vermögens von Terroristen, durch die Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung und durch starke, gezielte Finanzsanktionssysteme in Bezug auf Terrorismus und Terrorismusfinanzierung, einschließlich der raschen Umsetzung der Standards der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF Standards) in allen Rechtssystemen erreicht werden.

Die G20 hat darüber hinaus deutlich gemacht, dass Terrorismus keiner Religion, Nationalität, Bevölkerungsgruppe oder ethnischen Gruppe zugeordnet werden kann und sollte.

Stärkung des Aufschwungs und Steigerung des Wachstumspotenzials

Die G20 verpflichtete sich, weiterhin gemeinsam eine solide makroökonomische Politik umzusetzen, um ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu erzielen. Dabei will die G20 die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung gewährleisten sowie zur Reduzierung von Ungleichheit beitragen. Die G20 bekräftigte das in Brisbane verabschiedete Ziel, das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt um zusätzliche 2 Prozent bis 2018 zu erhöhen. Auch wenn seit dem letzten Jahr bedeutende Fortschritte erzielt worden seien, erkannte die G20 an, dass noch mehr getan werden müsse. Deshalb hat sie dieses Jahr einen Rahmen entwickelt, in dem die Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen überwacht wird.

Die G20 hat, um einen zusätzlichen Impuls für die Steigerung von Investitionen zu geben, länderspezifische Investitionsstrategien entwickelt, in denen konkrete Poli-

tiken und Maßnahmen gebündelt werden. Diese könnten nach Schätzungen der OECD dazu beitragen, die gemeinsame Investitionsquote der G20 bis 2018 um einen Prozentpunkt zu erhöhen. In der deutschen Investitionsstrategie werden u.a. die Erhöhung der öffentlichen Investitionen sowie Maßnahmen der Bundesregierung zur Steigerung der Investitionsdynamik beschrieben (z.B. Energiewende, Digitale Agenda, Bürokratieabbau, Hightech-Strategie, Unternehmensgründungen).

Die G20 verpflichtete sich, die bessere Integration ihrer jungen Bürger in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Dazu vereinbarte sie das Ziel, Jugendlichen mit besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeit und Ausbildung, in den G20-Staaten bis 2025 um 15 Prozent zu reduzieren. Das in Brisbane festgelegte Ziel zur Steigerung der Frauenerwerbsbeteiligung wird die G20 entschlossen weiterverfolgen. Auch die internationale Arbeitskräftemobilität und die Alterung der Bevölkerung sind wichtige Themen, die die G20 auch mit deutscher Unterstützung weiter angehen wird. Der soziale Dialog, der aus Sicht der Bundesregierung eine entscheidende Rolle bei einer zukunftsweisenden Politikgestaltung spielt, wird von der G20 klar gewürdigt und spiegelt sich in einem breit angelegten Outreach-Prozess wider.

Die G20 unterstrich die Bedeutung internationalen Handels als wichtigen Motor für mehr Wachstum und Entwicklung. Auch die Bundesregierung unterstützt die Handelsagenda der G20 – gemeinsam mit ihren Partnern in der EU und in der G7 – nachdrücklich. Die G20 bekannte sich erneut zur multilateralen Handelspolitik und der tragenden Rolle der WTO. Die G20 bekannte sich vor diesem Hintergrund dazu, auf ein erfolgreiches Ministertreffen in Nairobi hinzuwirken. Die G20 bekräftigte, die Bemühungen zu verstärken, alle Elemente des Bali-Pakets umzusetzen sowie der raschen Ratifizierung und Umsetzung der Vereinbarung über Handelserleichterungen und unterstrich die Bedeutung der Doha-Entwicklungsagenda. Zudem soll beim Treffen der Handelsminister auch über das Post-Bali-Programm gesprochen werden. Die G20 bekräftigte zudem ihre Selbstverpflichtung gegen Protektionismus. Zudem bleibt es Ziel der G20, bilaterale, regionale und plurilaterale Vereinbarungen im Interesse des globalen Handels zu verzahnen und damit dazu beizutragen, dass auf der Grundlage der Regeln der WTO ein stärkeres multilaterales Handelssystem geschaffen wird.

Stärkung der Widerstandsfähigkeit

Die G20 hat zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des globalen Finanzsystems weitere Kernelemente der Reform des Finanzsektors vervollständigt. Sie hat insbesondere als zentralen Schritt zur Beendigung des „Too-big-to-fail“ einen gemeinsamen internationalen Standard für Verlustabsorptionsfähigkeiten für weltweit tätige systemrelevante Banken finalisiert und damit einen wichtigen Schritt dazu getan, dass im Abwicklungsfall nicht in erster Linie die Steuerzahler die Lasten schultern, sondern Eigentümer, Gläubiger und Investoren selbst. Bei der Erarbeitung eines Kapitalstandards für global systemrelevante Versicherungsunternehmen (G-SIIs) konnten ebenfalls Fortschritte erzielt werden. Die G20 hat sich auf eine erste Fassung für zusätzliche Kapitalpuffer für global systemrelevante Versicherungsunternehmen (Higher Loss Absorbency (HLA) geeinigt, die ab 2019 zur Anwendung kommen sollen. Die G20 hat sich zudem verpflichtet, weiterhin die Aufsicht und Regulierung des Schattenbankensektors zu stärken mit dem Ziel, eine widerstandsfähige Kapitalmarktfinanzierung sicherzustellen, bei gleichzeitiger angemessener Berücksichtigung von daraus resultierenden Risiken. Dies ist ein wichtiges Thema und wird von Deutschland maßgeblich vorangetrieben.

Für eine weltweit gerechte und moderne internationale Unternehmensbesteuerung billigte die G20 das Maßnahmenpaket der G20/OECD gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen international agierender Konzerne (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS). Dies ist ein wichtiger Beitrag, um gegen schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Die G20 forderte nachdrücklich die Umsetzung des Pakets, insbesondere im Hinblick auf den Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Steuervorbescheide („tax rulings“) und ermutigte alle Staaten, auch die Entwicklungsländer, sich daran zu beteiligen. Zur Überwachung der Umsetzung des BEPS-Maßnahmenpakets hat die G20 die OECD mit der Einrichtung eines sogenannten „Monitoring-Prozesses“ beauftragt. Die Bundesregierung hat das BEPS-Projekt von Beginn an nachdrücklich unterstützt. Der Abschluss des BEPS-Projekts ist damit zugleich ein Erfolg der Bundesregierung.

Mit Blick auf Fragen der internationalen Finanzarchitektur hat die G20 bekräftigt, dass die Umsetzung der 2010 beschlossenen Quoten- und Managementreform des IWF weiterhin auf der Agenda steht. Vor diesem Hintergrund hat die G20 die

Vereinigten Staaten von Amerika erneut aufgefordert, das 2010-IWF-Reformpaket zu ratifizieren. Zudem stellte die G20 klar, dass die Überprüfung der Bewertungsmethoden des SZR-Währungskorbs unerlässlich ist.

Die G20 bekräftigte die Bedeutung der Korruptionsbekämpfung, um Wachstum und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Sie betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Umsetzung des Aktionsplans der G20 zur Korruptionsbekämpfung 2015 - 2016. In diesem hatte die G20 sich zu Regeln für die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen bekannt, die Transparenz und Integrität des öffentlichen Sektors betont, die internationale Zusammenarbeit hervorgehoben und die Zusammenarbeit mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung von Korruption unterstrichen.

Die G20 hat sich darauf verständigt, den IWF zu beauftragen, Klauseln zu entwickeln, die zu einer geordneten Umstrukturierung staatlicher Schulden beitragen.

Stärkung der Nachhaltigkeit

Die G20 stellte fest, dass 2015 ein entscheidendes Jahr für nachhaltige Entwicklung ist und setzt sich dafür ein, dass ihr Handeln auch in Niedrigeinkommensländern zu inklusivem und nachhaltigem Wachstum beiträgt. Die G20 zeigte sich entschlossen, die VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen und kündigte einen Aktionsplan für 2016 an, um die Arbeit der G20 noch enger mit der Agenda 2030 abzustimmen. Deutschland hat sich intensiv dafür eingesetzt, dieses Thema auf der G20-Tagesordnung zu platzieren.

Die G20 billigte den Aktionsplan zu Ernährungssicherheit und nachhaltigen Ernährungssystemen. Dieser Aktionsplan unterstreicht die Zusage der G20, die weltweite Ernährung und Ernährungssicherheit zu verbessern und sicherzustellen, dass die Art und Weise, in der Nahrung produziert, konsumiert und verkauft wird, wirtschaftlich, sozial nachhaltig und umweltgerecht ist. Zudem verpflichtete sich die G20 – auf Initiative der Bundesregierung – dazu, die Förderung von mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, auch innerhalb globaler Lieferketten, weiter voran zu treiben. Deutschland trägt damit die entsprechende G7-Vereinbarung in den G20-Kreis.

Nach intensiven Verhandlungen bekannte sich die G20 erstmals zum 2-Grad-Ziel und betonte ihre Entschlossenheit, auf der COP21 in Paris ein ehrgeiziges Übereinkommen, das für alle Vertragsparteien gelten soll, zu erzielen. Entsprechend verpflichtete sich die G20, gemeinsam auf ein erfolgreiches Ergebnis der COP 21 hin-

zuarbeiten und wies seine Verhandlungsführer an, sich zu Schlüsselthemen in den kommenden Tagen konstruktiv und flexibel einzubringen. Diese Vereinbarungen stellen auch ein wichtiges Signal auf dem Weg zu einer erfolgreichen COP21 dar.

Die G20 verstärkte zudem ihre Energie-Zusammenarbeit. Sie verabschiedete einen Aktionsplan für Energie-Zugang und einen Werkzeugkasten zum Einsatz erneuerbarer Energien. Außerdem bekannte sie sich zur Umsetzung des Energieeffizienz-Aktionsplanes.

Die G20 hat sich erstmals in ihrer Geschichte mit dem Thema Flüchtlinge befasst. Im Hinblick auf die aktuelle Krise verpflichtete sich die G20, ihre Unterstützung für alle Bemühungen weiter zu erhöhen, der noch nie dagewesenen Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in verschiedenen Teilen der Welt Schutz und Hilfe zu bieten und dauerhafte Lösungen für sie zu finden. Die G20 rief alle Staaten dazu auf, an der Bewältigung dieser Krise mitzuwirken und die damit einhergehenden Lasten zu teilen. Alle Staaten sind eingeladen, ihre Unterstützung für einschlägige internationale Organisationen zu erhöhen, um deren Fähigkeiten zu verbessern, betroffene Länder bei der Bewältigung dieser Krise zu unterstützen.

Ferner erkannte die G20 an, dass Bedrohungen der Sicherheit von Informations- und Kommunikationstechnologien die Nutzung des Internets für Wirtschaftswachstum und Entwicklung gefährden. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund, dass Staaten auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie eine besondere Verantwortung zur Förderung von Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Nationen tragen.

Schließlich hat die G20 festgestellt, dass globale Gesundheitsrisiken wie Antibiotikaresistenzen, Bedrohungen durch ansteckende Krankheiten und schwachen Gesundheitssystemen Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Sie wird im nächsten Jahr diskutieren, wie diese Themen in der G20 behandelt werden sollen. Auch dieses Vorhaben hat die Bundesregierung nachdrücklich unterstützt und damit ein wichtiges Thema der diesjährigen G7-Präsidentschaft in die G20 hineingetragen.

Deutschland wird die G20-Präsidentschaft im Jahr 2017 übernehmen und den Gipfel ausrichten. Ort und Termin werden noch bekanntgegeben.